

## **Gibt es tatsächlich einen Krieg der Generationen, weil die Rente um 1,1 % erhöht wird?**

### **Sind die Jüngeren benachteiligt und brauchen wir eine Grundgesetzänderung?**

Meinhard Miegel, Wirtschafts- und Gesellschaftsforscher, hat wie Kurt Biedenkopf bereits vor vielen Jahren vor der alternden Gesellschaft und ihren Folgen gewarnt. Die von der Bundesregierung überplanmäßige Rentenerhöhung sei bereits ein Vorläufer für die alternde Gesellschaft, sagt er. Miegel wird sehr deutlich, wenn er sich äußert: **Wir sind auf dem Weg in die Altenrepublik.** Für Miegel besteht die Gefahr, dass die Rentner nicht freiwillig auf die Belastbarkeit der Jüngeren Rücksicht nehmen und ihre Ansprüche zurückschrauben werden. Fakt ist auch, dass die ältere Bevölkerungsgruppe einen kurzen Zeithorizont hat.

Die Situation verschärft sich noch dadurch, dass ein Drittel der Frauen des Jahrgangs 1965 kinderlos ist und die Altersgruppe später niemals Enkelkinder haben wird. Deshalb wird es in Zukunft nicht mehr um eine Verteilung zwischen der Großmutter und ihrem Enkel gehen. Die Jungen werden versuchen, den zunehmenden Abgaben – und Steuerbelastungen zu entgehen. Sie sind auch die späteren Abgeordneten und haben in der Politik das Sagen. Die Rentenbeiträge werden allein wegen der berechenbaren demographischen Entwicklung bis 2030 von 19,9 % auf 23 % ansteigen. Dazu kommen die Steuermittel, um die Rentenkasse zahlungsfähig zu halten. Dieser Betrag liegt jetzt schon bei 80 Milliarden Euro pro Jahr. Um diese Summe aufzubringen, setzen wir eine dynamische Wirtschaftsentwicklung voraus, die aber keineswegs sicher ist. Allein der Bankenkrach kostet in Deutschland 30 Milliarden Euro. Was hätte man damit alles tun können?

Die Alterung der Gesellschaft mit ihren gesellschaftlichen Veränderungen kann sich aber auch zu einem Demokratieproblem auswachsen. Miegel spitzt zu, indem er sagt: "Wer mit 65 Jahren auf der Parkbank sitzt, erzeugt sozialen Widerwillen". Das ist starker Tabak, aber die Natur hat einer so lange Phase der Inaktivität tatsächlich nicht vorgesehen. Sie wird für eine Gesellschaft zu teuer. Die Dramatik der Zukunft haben wir nicht verinnerlicht. Es wird höchste Zeit, dass sich die gesamte Gesellschaft mit den Folgen ihrer eigenen Alterung befasst.

Ein junger Abgeordneter der CDU -Fraktion, erst 27 Jahre alt und bereits seit 6 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages, hatte die Diskussion um dieses Thema in Gang gebracht, indem er ankündigte, die Erhöhung der Rente nicht mit zu tragen. Otto Wulff,

Vorsitzender der Seniorenunion und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, kritisierte den jungen Mann scharf. Vom Seniorenverband NRW wurde ihm sogar angedroht, ihn nicht mehr auf die Kandidatenliste für den nächsten Bundestag zu setzen. Das war selbst dem Fraktionsvorsitzenden dem Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion zu viel, indem er auf das Recht der freien Meinungsäußerung verwies. Damit war der Streit aber nicht beendet. Warum also die scharfe und drohende Diskussion aus der Seniorenunion?

Es hat längere Zeit gedauert, bis versöhnliche Worte gefunden wurden, aber die Streitaxt war geworfen. Tatsache ist, dass die älteren Bürger durchaus Verantwortung sowohl in der Politik als auch mitten in der Gesellschaft übernehmen. In der Beurteilung verwechseln viele Macht mit Verantwortung. Die 60 bis 70 Jährigen sind die Altersgruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung bei der kommenden Bundestagswahl. Sie übernehmen auch viele ehrenamtlichen Tätigkeiten und lassen sich sogar in die kommunalen Parlamente wählen, um ihre Erfahrungen einbringen zu können. Wer sich in den Familien umschaute, sollte erkennen, dass die Alten sehr wohl zu Opfern für die Jungen bereit sind. In einer Studie des Hamburger Instituts BAT-Freizeit-Forschungsinstitut wurde nachgewiesen, dass die über 65-jährigen Eltern das Siebenfache dessen an ihre Kinder geben, was sie von diesen an finanziellen Mitteln zurückbekommen. Das ist ein **Lastenausgleich** zwischen den Generationen, so ein Ergebnis der Studie.

Die Rentner und Rentnerinnen erbringen große auch finanzielle Leistungen für ihre Nachkommen, obgleich die Kaufkraft der deutschen Rentner binnen weniger Jahre geschrumpft ist. Innerhalb von 3 Jahren sank die Kaufkraft um 8,5 %, wenn die Inflationsrate berücksichtigt wird. Auch wenn die Rente wie vorgesehen, um 11,1 % stiege, so betrage die vorausgesagte Inflationsrate rund 2,5 %, wie aus einer Berechnung der Bank UniCredit verlautet. Das gilt aber nur für den fiktiven „“, der über 45 Jahre ein Durchschnittseinkommen erzielt hat.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) befürchtet, dass die Kaufkraftverluste der Rentner bis 2010 auf 10 % ansteigt. Gestiegene Ausgaben für die Gesundheit werden in dieser Aussage aber nicht abgebildet. Die Teuerung bei Lebensmitteln sind dazu noch höher als die offizielle Inflationsrate. Der SoVD fordert daher, die an den Löhnen orientierte Rentenanpassung um einen Inflationsschutz zu erweitern. Das sollte natürlich auch für Hartz IV-Empfänger gelten. Immer mehr Rentner werden auch im Ruhestand aktiv bleiben, weil sie sich länger gesund und fit fühlen. Die starre Altersgrenze von bisher 65 Jahren sollte einem flexiblen Alterskorridor für den Renteneintritt weichen. Die neue Altersgrenze für die Berentung von 67 Jahren ist gefährlich und ungerecht, weil die Älteren alles andere als eine einheitliche

Gruppe mit sehr unterschiedlichen Lebensläufen sind, denen eine gesetzliche Berentung mit 67 Jahren nicht gerecht wird.

Die über die Rentenerhöhung entflammte Debatte über einen möglichen „Krieg der Generationen“ hat die Bundeskanzlerin veranlasst, den **Initiativkreis „Zusammenhalt der Generationen“** ins Leben zu rufen, dem sowohl Vertreter der Senioren-Union als auch Mitglieder der Jungen Union angehören. Bereits im Wahlkampf zum Bundestag 2009 sollen beide Organisationen im Doppelpack auftreten. Für die CDU in Neuenhagen bedeutet das, die Junge Union zu stärken und eine Senioren-Union zu gründen. Alt genug sind wir! Die Themen für die Mitgliederversammlungen sind bereits vorgegeben.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden nach dem Wahlkampf vom Souverän, das ist der Wähler, gewählt. Es liegt in der Hand eines jeden wahlberechtigten Bürgers, sich mit der Generationengerechtigkeit zu befassen und den richtigen Kandidaten mit einem Wählerauftrag in die gesetzgebende Körperschaft zu wählen. Es ist allerdings auch das Anliegen aller Parteien, diese Diskussion in den Basisorganisationen mit ihren Mitgliedern und auch den Wählern zu diskutieren. Wer das nicht kann oder will, muss zu den Verlierern gehören. Das ist Demokratie.

Dr. Else Ackermann